

KAMPF GEGEN DEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS

Die grundlegenden Menschenrechte sind für die SPD nicht verhandelbar

Am 7. Dezember hat der Generalsekretär der SPD Hubertus Heil in einem Brief die Position des SPD-Parteivorsitzenden Matthias Platzeck zu den Vorgängen um die CIA dargelegt. Daraufhin sind viele wertvolle - ermutigende und kritische - Rückmeldungen aus der Partei und der Bevölkerung eingegangen. In dieser Woche hat die Bundesregierung den Deutschen Bundestag umfassend informiert.

Daraus folgt für die SPD:

- In der Bundestagsdebatte vom 14. Dezember hat Außenminister Frank-Walter Steinmeier klargestellt: Die Bundesregierung und die deutschen Nachrichtendienste haben keine Beihilfe zur Verschleppung des deutschen Staatsbürgers el-Masri geleistet. Von der Verschleppung haben der frühere Innen- und Außenminister sowie der Chef des Kanzleramtes erst nach der Freilassung des Betroffenen erfahren. Frank-Walter Steinmeier hat in seiner damaligen Funktion als Chef des Bundeskanzleramtes sofort alle notwendigen Schritte eingeleitet, um zur Aufklärung beizutragen. Der Anwalt von Herrn el-Masri hat öffentlich erklärt, dass sich die Bundesregierung damals rasch und intensiv um den Fall gekümmert hat.
- Wörtlich hat Frank-Walter Steinmeier in der Debatte gesagt: „Die Achtung von Recht und Gesetz ist der Kitt, der unsere Gesellschaften zusammenhält, und sie ist die Grundlage für unsere Überlegenheit über alle Feinde der Freiheit. Das gilt ausdrücklich auch für den Bereich der Sicherheitsbehörden. Diese Achtung von Recht und Gesetz war der Maßstab meines Handelns in den letzten Jahren.“

- Nicht erst seit den Anschlägen von New York, Madrid und London ist deutlich geworden, wie sehr unsere Gesellschaften durch die menschenverachtenden Terroristen bedroht sind. Deshalb war und ist der Kampf gegen den internationalen Terrorismus notwendig. Hierfür brauchen wir die Arbeit unsere nationalen Nachrichtendienste aber auch die internationale Zusammenarbeit dieser Dienste. Diese Arbeit muss notwendigerweise manchmal im Geheimen stattfinden. Bundeskanzler Schröder hat aber immer klargestellt, dass der Kampf gegen den Terror nicht zulasten des Rechtsstaates geführt werden darf. In seiner Regierungserklärung von September 2001 hat Gerhard Schröder ausgeführt: *„Wir werden Qualität und Effizienz in der Bekämpfung des Terrorismus verbessern. Aber wir werden unter keinen Umständen den Rechtsstaat abschaffen, um den Terror zu bekämpfen.“* Und im Oktober 2001 erklärte der Bundeskanzler: *„Genauso wenig wie wir uns von den Terroristen in einen „Kampf der Kulturen“ treiben lassen, werden wir im Kampf gegen den Terrorismus jene Werte, die unsere Welt zusammenhalten – die Werte von Freiheit, Solidarität, Rechtssicherheit und Gerechtigkeit – auch nur einen Millimeter preisgeben.“*
- Bei der internationalen Zusammenarbeit mit befreundeten Diensten müssen wir uns fest darauf verlassen können, dass bilaterale Verträge ebenso beachtet werden, wie die Regeln des Völkerrechts und die Menschenrechte. Deshalb gilt für die alten und neue Bundesregierung: Eine internationale Zusammenarbeit muss auf der Basis geltenden Rechts erfolgen. Sobald hieran Zweifel aufkommen, müssen diese aufgeklärt und die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen der Bundesregierung, des Europarates und des Europaparlaments, der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates, zu einer raschen Aufklärung zu kommen.
- Die Freundschaft mit unseren Partnern schließt nicht aus, dass wir sehr klar auch über Meinungsverschiedenheiten sprechen. Hierbei können wir auch an Debatten anknüpfen, die z.B. in den USA selbst geführt werden. So gibt es in den USA eine lebhaftige Debatte z.B. über das Folterverbot und über die Todesstrafe. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gernot Erler hat u.a. im Januar 2002 für die SPD die Einhaltung von völkerrechtlichen Standards in Guantanamo angemahnt und im März 2004 haben die Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen ausführlichen Forderungskatalog zur Einhaltung von Menschenrechten und Grundfreiheiten in Guantanamo in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Für die SPD sind die grundlegenden Menschenrechte nicht verhandelbar. Erst jüngst, zum Tag der Menschenrechte hat der Parteivorsitzende Matthias Platzeck erklärt: *„Alle Regierungen, Staaten und Menschen sind an die Einhaltung der Menschenrechte gebunden. Auch und gerade in schwierigen Zeiten. Das Folterverbot ist eines der vornehmsten Menschenrechte, das keinerlei Aufweichung duldet. Auch und gerade beim so wichtigen Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Hierfür steht die SPD.“*